

presse

Jede Frau hat das Recht auf Familienplanung

Anlässlich des Weltbevölkerungstages am 11. Juli 2012 erklärt die zuständige Berichterstatterin der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth:

Seit 1968 ist das Recht auf Familienplanung ein international anerkanntes Menschenrecht. Trotz der Erfolge der vergangenen Jahrzehnte bleibt dieses Recht, über den Zeitpunkt einer Schwangerschaft und die Zahl der Kinder selbst zu bestimmen, immer noch zu vielen Frauen verwehrt – vor allem in Entwicklungsländern. Etwa 76 Millionen Frauen in Entwicklungsländern werden ungewollt schwanger. Über 20 Millionen unsichere Abtreibungen jährlich sind ein Hinweis darauf, dass notwendige Aufklärung und Verhütungsmittel fehlen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, das Recht auf Familienplanung beim Familienplanungsgipfel, der zum Weltbevölkerungstag am 11. Juli in London stattfindet, einzufordern. Wir brauchen zusätzliche Mittel, um 120 Millionen Frauen in Entwicklungsländern bis zum Jahr 2020 Zugang zu Aufklärung und Verhütungsmitteln zu ermöglichen. Im Rahmen der G8-Muskoka-Initiative, in der Deutschland sich verpflichtet hat, bis 2015 insgesamt zusätzlich 400 Millionen Euro zur Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit bereitzustellen, muss die Bundesregierung Flagge zeigen und einen Schwerpunkt in der Entwicklungszusammenarbeit setzen.

Weltweit verwenden 62 Prozent der verheirateten Frauen eine Form von Familienplanung. In den Entwicklungsländern sind es knapp 60 Prozent. Hingegen verhüten in Afrika südlich der Sahara lediglich 23 Prozent der verheirateten Frauen.

Immer mehr Menschen wollen verhüten. Zudem wird es in den kommenden Jahren immer mehr Menschen im fortpflanzungsfähigen Alter geben. Bis zum

Jahr 2015 wird die Zahl derjenigen, die Verhütungsmittel anwenden wollen, voraussichtlich um 40 Prozent steigen.

Etwa ein Drittel des Weltbevölkerungswachstums beruht heute auf ungewollten Schwangerschaften. Um das Bevölkerungswachstum zu verlangsamen spielen Familienplanung und Frauenförderung zentrale Schlüsselrollen. Nur wenn gezielt Frauen gestärkt werden – dazu gehört neben der Frauenförderung besonders der Zugang zu Familienplanung und Verhütungsmitteln, zu Aufklärung und Bildung – kann das rasante Bevölkerungswachstum gedrosselt werden.

Frauen übernehmen Verantwortung – im Großen wie im Kleinen, für sich und ihre Familie – wenn sie es können. Umso beschämender ist es, dass die Bundesregierung die Zielgröße „Gender“ mit den Hauptinhalten Frauenförderung und Gleichstellung der Geschlechter, aus den Haushalten 2010, 2011 und 2012 entfernte.

Es ist auch keine Frage, dass die Erreichung aller Millenniumsziele nur dann gelingt, wenn die Industriestaaten ihre Zusagen einhalten. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die „ODA-Quote“ (Anteil der Entwicklungsausgaben bezogen auf das Bruttonationaleinkommen) auf 0,7 Prozent bis 2015 zu steigern und damit ihre internationalen Zusagen zu erfüllen. Es bleiben nur noch knapp drei Jahre bis 2015, um den Ärmsten der Armen zu helfen und die Millenniums-Entwicklungszeile zu erreichen.